

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

29.11.1924 (No. 280)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. M. u. d.
Karlsruhe

Verlagspreis: In Karlsruhe und umwärtig frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Geldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unerwartete Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

* Rücksichten der Außenpolitik

Daß uns Deutschen die Kunst der Diplomatie besonders schwer fällt, ist eine Tatsache, die heute wohl von keinem Volksgenossen mehr bestritten wird. Die Geschichte der Jahrzehnte seit Bismarcks Entlassung bildet die überzeugendste, für unser Volk aber leider auch verhängnisvollste Illustration zu dieser Tatsache. Erfreulicherweise hat die richtige Erkenntnis zum mindesten in einem Bruchteil unseres Volkes den Wunsch und das ernste Streben geboren, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und in Zukunft alle die Vorschriften und Regeln besser zu benutzen, die nun einmal für die Kunst der äußeren Politik gelten, Regeln und Prinzipien, die von einer Reihe anderer Staaten bisher mit so großem Erfolg angewandt worden sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß nur etwa diese anderen Mächte die staatsmännische Weisheit gepachtet haben, und daß wir völlig unbegabt für derartige Geschäfte sind, sondern daß eben doch die Begabung für Außenpolitik in manchen anderen Ländern erheblich stärker ist, als bei uns. Und ein derartiges Manko muß uns naturgemäß in vielen Fällen ins Hintertreffen bringen.

Es ist die Pflicht eines jeden deutschen Volksgenossen, darauf zu dringen, daß dieses Manko je mehr und mehr ausgeglichen wird. Das kann aber nur geschehen, wenn mit ruhiger Entschiedenheit Entgleisungen und Unzulänglichkeiten unserer äußeren Politik kritisiert werden.

Nun wäre es aber ganz falsch, wenn man glauben wollte, daß die äußere Politik eines Landes nur von der amtlichen Stelle, nur von der jeweiligen Regierung gemacht werde. O nein! Auch die Parteien und ihre hervorragenden Führer, auch die großen wirtschaftspolitischen Körperschaften, auch die Presse, sie alle sind Faktoren, die, wenn auch nicht offiziell, so doch mit einem ganz bestimmten Gewicht und mit einer ganz bestimmten Möglichkeit der Einflußnahme aktiv an der äußeren Gestaltung der Politik eines Landes mitarbeiten. Sie haben die Pflicht, bei ihrem Tun stets zu berücksichtigen, wie die Wirkung ihrer Handlungen und ihrer Worte auf das Ausland aussieht.

Reider läßt sich, zumal jetzt im Wahlkampf, die Beobachtung nicht mehr umgehen, daß hier und da die Wahl-agitation in einer Weise betrieben wird, die unsere außenpolitischen Interessen schwer schädigen muß. Wir denken dabei in erster Linie an das Bestreben einer Partei, deren Namen zu erraten wir unseren Lesern überlassen wollen, alle die zweifellosen Erfolge, die Deutschland in den letzten Monaten errungen hat, als glänzende Siege über Frankreich hinzustellen oder die Dinge so zu schildern, als ob es lediglich die schier olympische Überlegenheit eines gewissen deutschen Ministers und seiner Partei gewesen sei, die einem widerstrebenden Frankreich alle diese Erfolge aus der Hand gerungen habe.

Dazu ist folgendes zu sagen: Zunächst ist die historische Wahrheit die, daß eine Reihe von Momenten, vor allem die für uns günstige Einstellung Amerikas, ferner aber auch die Abwendung der neuen französischen Regierung vom Boicottismus, erst die Voraussetzungen für ein Gelingen geschaffen haben.

Ferner ist natürlich die Geschicklichkeit, mit der die deutsche Reichsregierung operiert hat, durchaus nicht zu verkennen — und wir haben oft genug an dieser Stelle auf diese Geschicklichkeit hingewiesen —, doch nach den übereinstimmenden Berichten aus dem Ausland ergibt sich viel eher der Eindruck, daß es das Auftreten des Reichskanzlers Marx gewesen ist, welches uns jene stimungsmäßigen Sympathien einbrachte, die bei derartigen Verhandlungen für den, der die Rolle des Schwächeren zu spielen hat, so überaus wichtig sind. Aber, wenn wir ganz von einzelnen Personen absehen, so ist es eben das Kabinett in seiner Gesamtheit und die Regierungskoalition als solche, welche den Erfolg für sich in Anspruch nehmen dürfen. Jedenfalls geht es nicht an, eine Partei und einen Minister auf Kosten der anderen herauszustreichen und so zu tun, als ob diesem einem allein das Verdienst zürüme. Das muß verstimmend wirken und ist zudem unrichtig. Soviel wir sehen konnten, ist von dem Manne, der vielleicht noch am ehesten das Recht hätte, sich persönlich zu rühmen, nämlich von dem Reichskanzler, eine ganz andere Taktik befolgt worden: er hat geflissentlich die großen Worte vermieden, aber vielleicht gerade deshalb im Ausland einen umso besseren Eindruck hervorgerufen.

Nun aber zur Hauptsache! Es ist ein Unglück, den Franzosen, mit denen wir uns nun einmal arrangieren müssen, immer wieder unter die Nase zu reiben, daß wir sie gründlich hineingelegt hätten, und daß sie in letzter Zeit eine diplomatische Niederlage nach der anderen erlitten hätten. Die Stellung des Kabinetts Herriot, an dessen Sicherheit wir wahrlich außenpolitisch sehr interessiert sind, wird durch ein derartiges Reklamegeschrei einer gewissen deutschen Partei nicht erleichtert. Der Opposition in Frankreich spielt man mit diesem Geschrei jedenfalls die besten Waffen in die Hand. Aber auch für die Männer der französischen Regierung selbst ist es doch gewiß nicht angenehm, nun jeden Tag zu hören, daß wir die Schlägen und sie die Dummheit gewesen sind.

Wir dürfen nie vergessen, daß mit all unseren Erfolgen der letzten Monate doch erst überhaupt ein Fundament gelegt worden ist. Nicht bloß von dem guten Willen Frankreichs, nicht bloß von einer günstigen Gestaltung der allgemeinen weltpolitischen Lage, sondern auch von unserem eigenen diplomatischen Takt wird es abhängen, ob man auf diesem Fundament nun auch das große Gebäude der Befriedung Mittel-Europas errichten kann. Diejenigen, die ihre staatsmännische Kunst rühmen und mit dem gleichen Atemzuge Frankreich auf die Hüftraugen treten, beweisen damit nur das Eine, daß sie faktisch außenpolitisch noch genau so töricht sind, wie es das alte System jahrzehntelang gewesen ist.

Das Reichskulturwerk

Auf dem Gebiet des Restaurationswesens sind, wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, seit dem Eintritt der Stabilisierung unserer Währung erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Es ist von der Rentenkammer, dem Reichsarbeitsminister und den Ländern das sogenannte Reichskulturwerk gebildet worden, an dem für das preussische Gebiet das Reich mit $\frac{1}{2}$ und Preußen mit $\frac{1}{2}$ beteiligt ist. Aus diesem Fonds sind Meliorationskredite in Höhe von rund 10 Millionen Rentenmark an 276 öffentlich-rechtliche Genossenschaften und Kommunalverbände gewährt, um Eindeichungen, Drainagen, Wiesenermeliorationen u. a. m. auszuführen. Weiter sind durch das sogenannte Preussische Dampfzuggesetz vom 9. Februar 1924 26 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um private Moor- und Oblanderien in staatlicher Regie in Kultur zu bringen. Die bisher gemachten Erfahrungen lassen bereits erkennen, daß das staatliche Vorgehen in den benachbarten Gebieten Nachahmung findet, so daß wohl die auf private Initiative zurückzuführende Tätigkeit dieselbe Fläche in Kultur bringt, wie die staatlichen Betriebe. Jährlich könnten etwa 50 000 bis 60 000 Morgen Weide in Kultur gebracht werden, so daß in absehbarer Zeit, d. h. nach einer Reihe von Jahrzehnten die wilden Weideflächen verschwunden sind und das Neuland der Befiedlung zugeführt ist. Wenn man mit 60 000 Morgen rechnet und eine ländliche Siedlerstelle durchschnittlich mit 50 Morgen annimmt, so würden jährlich 1200 bäuerliche Stellen neu gebildet werden können und unter der Annahme, daß der Vorrat an wilder Weide 50 Jahre ausreicht, würde es sich um 60 000 neue Bauernhöfe handeln.

Die Renten und Zusatzrenten der Kriegsbekämpften

wurden mit Wirkung v. 16. Nov. ab entsprechend der Änderung der Besoldungsgehälter für die Beamten der Gruppe 1-6 erhöht. Infolgedessen tritt an Stelle der bisher geltenden Rentenerhöhung um 4 Prozent eine solche um 15 Prozent ein. Da die Versorgungsämter für Rentenzahlungen Ende November nur die bisher geltende Rentenerhöhung um 4 Prozent berücksichtigen konnten, wird die Nachzahlung für die Zeit vom 16. November ab mit der Rentenzahlung für Januar verbunden, so daß für die Januarzahlung eine Rentenerhöhung von insgesamt 32 Prozent in Betracht kommt. Bei Zusatzrenten werden die Stellen der sozialen Fürsorge eine Rentenerhöhung um 15 Prozent bereits bei der Dezemberzahlung (Mitte Dezember) berücksichtigen und damit eine Nachzahlung für die Zeit vom 16. November ab verbunden, so daß für diese Zahlung eine Rentenerhöhung von rund 21 Prozent in Betracht kommt.

Die Reparationskommission hat am Freitag in Paris den Generalagenten für Reparationszahlungen Gilbert gehört, der einen Bericht über den Verlauf der Arbeiten seit seinem Amtsantritt abgab, um der Kommission über den Stand der Zahlungen Auskunft zu geben. Hierauf hat ein längerer Meinungsaustausch zwischen dem Generalagenten und den Mitgliedern der Reparationskommission über alle einschlägigen Fragen stattgefunden, über die eine Zusammenkunft in der Kommission notwendig ist. Die Media hat ferner die Reparationskontrakte über 2000 Tonnen Stahlfabrikat und 500 Tonnen Schwefelsäure Ammoniak für Frankreich auf das Reparationskonto für die Mitte November und Dezember 1924 genehmigt.

Politische Neuigkeiten

Zur Affäre Rathusius

Schreibt der Pariser „Lemps“, es sei unmöglich, an eine wirkliche Besserung der deutsch-französischen Stimmung zu glauben, solange von reaktionärer und nationalistischer Seite in Deutschland jeder Zwischenfall in der gewissenlosesten Weise ausgenutzt werde, um den Haß lebendig zu halten und neu zu schüren. „Frankreich“, so fährt das Blatt fort, „hat gerade in der jüngsten Zeit so erhellende Beweise seines Friedenswillens und seiner Verständigungsbereitschaft gegeben, daß dies auch von deutschnationaler Seite anerkannt werden müßte und daß, wenn die deutsche Politik wirklich nur die friedliche Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches zum Ziele hat, man auch in Berlin einmal fünf gerade sein lassen muß. Statt dessen versucht die nationalistische Presse in Deutschland, jede von den Alliierten gemachte Konzession und jedes der deutschen Regierung freiwillig gewährte Zugeständnis als einen Erfolg hinzustellen, den die deutsche Diplomatie der Entente abgerungen hat. Glücklicherweise steht zu dieser nationalistischen Presselampagne die Rede, die der Reichskanzler Marx in Köln gehalten hat und in der er seine Absicht, die Politik internationaler Verständigung weiter zu verfolgen, in erfreulichem Gegensatz. Die französische Regierung hat diesen Weg längst und mit dem besten Willen betreten. Es ist nunmehr an der deutschen Regierung, auch ihrerseits in voller Loyalität mitzuarbeiten, den internationalen Horizont zu klären.“

Der Oberreichsanwalt und der Fall Rathusius. Der Oberreichsanwalt betraute einer Mittermeldung zufolge mit der Untersuchung des Falles Rathusius den Staatsanwaltschaftsrat Lehmann beim Reichsgericht. Die Zeugenerhebungen begannen bereits in zahlreichen Städten Deutschlands. Es handelt sich vor allem um Personen, die im Kriege zur näheren Umgebung Rathusius gehörten.

Ein großer öffentlicher Skandal

Der bekannte rechtsstehende Historiker Dr. Friedrich Thimme erhebt im „Berliner Tageblatt“ Anklagen gegen Herrn Tirpitz. Er beschäftigt sich mit dem neuesten Buch von Tirpitz „Politische Dokumente“, in dem amtliche Aktenstücke veröffentlicht werden. Thimme wirft die Frage auf, wie Tirpitz in den Besitz dieser Dokumente gekommen sei. Er stellt fest:

Er hat sich einen großen Teil des Materials, das ihm in seiner amtlichen Eigenschaft als Staatssekretär des Reichsmarineamts in die Hände gelangte, persönlich angeeignet, sei es in den Originalen, sei es in Abschriften, und er hat diese Materialien, die er im Vorwort seines Buches ausdrücklich „seine Papiere“ nennt, obwohl sie nicht sein, sondern staatliches Eigentum waren, und sind, auf eigene Faust, ohne die Erlaubnis der zuständigen Behörden eingeholt, veröffentlicht.

Es kann auch gar keine Frage sein, daß Tirpitz, wenn er seine Veröffentlichungen zu Zeiten des alten Regimes gebracht hätte, von diesem aufs schwerste zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Höchste Würdenträger des alten Regimes, mit denen ich den Fall Tirpitz besprochen habe, haben unter Ausdrücken der stärksten Entrüstung betont, daß ganz selbstverständlich neben dem disziplinarischen Verfahren auf Einziehung der gesetzlichen Pension auch ein ehrengerichtliches Verfahren eingeleitet worden wäre. Nichts aber kann mich abhalten, vor aller Öffentlichkeit festzustellen, daß die Publikation des amtlichen Materials durch Herrn von Tirpitz gerade vom Standpunkte des alten kaiserlichen Regimes ein großer öffentlicher Skandal ist wie ihn Deutschland überhaupt noch nicht gesehen hat.“ Dr. Thimme geht weiter auf das Motiv von Tirpitz bei dieser Publikation ein. Er wirft ihm vor, er habe die gestohlenen Dokumente publiziert, um einer Bloßstellung seiner Flottenpolitik durch die große amtliche Aktenpublikation zuvorzukommen.

Die russische Antwort an England

Freitag nachmittag sind die Antworten der Sowjetregierung auf die beiden britischen Noten vom 21. November im Foreign Office zu London überreicht worden. In der ersten Note erklärt Malowski, die Sowjetregierung bedauere die Ablehnung des allgemeinen und des Handelsvertrages vom 8. September auf das lebhafteste, und erklärt daher, keinerlei Verantwortung für die Unzufriedenheit übernehmen zu können, die der Beschluß der britischen Regierung in den beiden Ländern verursacht werde. — Die zweite Note Malowskis weist darauf hin, daß der mit der Untersuchung des Sinowjewbriefes betraute Ausschuss festgestellt habe, daß die Regierung noch irgend eines ihrer Beamten das Original gesehen habe. Deshalb betrachte die öffentliche Meinung der ganzen Welt den Sinowjewbrief als eine ungewisse Fälschung. Er sei daher aufs äußerste überrascht, daß die jetzige Regierung Großbritanniens unbewiesene und unbestimmte Erklärungen abgegeben habe, daß das Dokument echt sei. Die Sowjetregierung könne derartige Behauptungen nicht annehmen und bedauere, daß die britische Antwort vom 21. November einer direkten Antwort auf die Frage des Sinowjewbriefes ausweiche. Weiter wiederholt die Note die Erklärung über die völlige politische und administrative Unabhängigkeit der kommunistischen Internationale von der Sowjetregierung. Malowski schließt, seine Regierung habe ihn ersucht, zu erklären, daß sie die von ihr übernommenen Verpflichtungen loyal durchführe und auch in Zukunft nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit durchzuführen werde.

Macdonald über Ägypten

London, 29. Nov. Der frühere Premierminister Macdonald kritisierte in einer Rede die Ereignisse in Ägypten mit Schärfe die von den ägyptischen Nationalisten verfolgte Politik, tadelte aber auch das Vorgehen der britischen Regierung, welche das beklagenswerte Ereignis der Ernennung des Sirbars mit gewissen politischen Fragen verknüpft habe, die durch ein Abkommen gelöst werden könnten. Macdonald sagte, er bedauere, daß die Behandlung der ägyptischen Angelegenheit England großen Schaden in den Augen der Welt getan habe. Er hoffe, daß Großbritannien alle Streitfragen, die die ägyptischen Angelegenheiten betreffen, an den Völkerbund verweisen und um ein Mandat ersuchen werde, auf Grund dessen es für die Verwaltung des Sudans verantwortlich bleiben würde. Nur auf diese Weise könne England seine Stellung festigen.

Die Wahlen zum Stadtrat Oldenburg hatten nach der nationalliberalen Korrespondenz folgendes Ergebnis: Deutsche Volkspartei 13 Sitze, 5333 Stimmen (4779); Sozialdemokraten 8 Sitze, 3673 Stimmen (2455); Demokraten 7 Sitze, 3258 Stimmen (3009); Deutschnationale 7 Sitze 3078 Stimmen (5006); Kommunisten 1 Sitz, 991 Stimmen (2050); Zentrum 1 Sitz, 779 Stimmen (1049); Nationalsozialisten 1 Sitz, 729 Stimmen (1646); außerdem wurden 2 Bauernvertreter in den vor kurzen eingemeindeten Stadtteilen gewählt. Die in Klammern angegebenen Zahlen bedeuten die vom 4. Mai 1924.

Kurze Nachrichten

Unbeziffern. Die für den 26. November berechnete Großhandelsindexziffer ist gegenüber dem Stande vom 18. Nov. (128,4) um 0,5 Proz. auf 129,0 gestiegen. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellte sich am 26. November auf 122,2. Sie blieb gegenüber der Vorwoche annähernd unverändert.

Die Reichsbahndirektion Mainz, die bekanntlich während des passiven Widerstandes ihren Sitz nach Darmstadt verlegt hatte, wird am 30. November ihren Sitz wieder nach Mainz verlegen.

Die „Bayerische Staatszeitung“ verboten. Die Internationalisierte Rheinland-Kommission droht die „Bayerische Staatszeitung“ im besetzten Gebiet auf drei Monate. Der Grund dieser Maßnahme liegt in einer Notiz zum Abgang des Generals de Mey.

Im oberhessischen Steinkohlen- und Erzbergbau wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach ab 18. November eine Lohnerhöhung von 7 Prozent eintreten soll. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs läuft bis zum 15. Dezember. — Die „Rost. Ztg.“ meldet aus Deutschn., daß die vier Bergarbeiterverbände in gemeinsamer Sitzung beschlossen haben, den Lohnschiedspruch für den Bergbau abzulehnen.

Die franz. Schulden an Amerika. Wie aus Washington gemeldet wird, begannen zwischen den Vertretern der amer. und franz. Regierung informative Besprechungen über die Grundfrage der Forderung der französischen Kriegsschulden.

Amerika und das Genfer Protokoll. Aus Washington wird gemeldet, daß nach hier vorliegenden Meldungen die japanische Regierung in der Frage der Ratifizierung des Genfer Protokolls erst die Entscheidung Großbritanniens abwarten wolle, bevor sie selbst ihre Entscheidung treffe, die mit der britischen übereinstimmen werde.

Das neue englische Unterhaus soll am 9. Dezember seine Arbeiten beginnen und am 10. Dezember vertagt werden. Es wird dann ungefähr am 19. Februar wieder zusammengetreten. Die Debatte über die auswärtigen Angelegenheiten wird, wie verlautet, am 15. Dezember erfolgen.

Von einer Meuterei im Sudan berichteten verschiedene Blätter. In London liegen bis zu den späten Abendstunden des gestrigen Tages noch keine sicheren Nachrichten darüber vor. Die Blätter geben der Zuvorsticht Ausdruck, daß die britischen Behörden die Lage beherrschen.

Der Kaiser von China geht nach Amerika. Dem „New York Herald“ wird aus Peking gemeldet, daß Sun Lun, der noch jugendliche ehemalige Kaiser von China, demnächst über Japan nach Amerika reisen will um dort in der Columbia-Universität zu studieren.

Aus der Wahlbewegung Reich

Verbindungs- und Kreiswahlvorschläge

Zur Verabschiedung der für die Reichstagswahlen eingebrachten Verbindungs- und Kreiswahlvorschläge im 31. (Württemberg-Gebiet) und 32. (Baden) Reichstagswahlkreis wurde im württembergischen Ministerium des Innern in Stuttgart eine Sitzung unter dem Vorsitz des Verbandswahlleiters, Oberregierungsrat Dr. Kiefer, abgehalten. Die Verbindungs- und Kreiswahlvorschläge sind rechtzeitig eingegangen und zwar folgender: 1. Sozialdemokratische Partei, 2. Deutschnationale Volkspartei, 3. Zentrum, 4. Kommunistische Partei, 5. Deutsche Volkspartei, 6. Nationalsozialistische Freiheitsbewegung, 7. Deutsche demokratische Partei, 8. Wirtschaftliche Vereinigung, 9. Bauern- und Weingärtnerbund in Württemberg, 10. Freier Wirtschaftsbund.

Diese zehn Verbindungs- und Kreiswahlvorschläge wurden unbeanstandet zugelassen, dagegen zurückgewiesen eine Verbindungs- und Kreiswahlvorschlag der „Deutschnationalen Reichspartei“, deren Wahlvorschlag beginnt mit Dr. Arnold Ruge, weiland Privatdozent in Heidelberg, und zwar erfolgt ihre Zurückweisung deshalb, weil in Württemberg ein Wahlvorschlag der genannten Deutschnationalen Reichspartei überhaupt nicht eingegangen ist. Ferner wurde zurückgewiesen, die Verbindungs- und Kreiswahlvorschlag des „Bauer-Bundes“ in Württemberg und Baden, weil die Verbindungs- und Kreiswahlvorschläge der badischer Seite gestern früh erst, also zu spät, eingegangen ist.

Badischer Teil

Der Freiburger Kommunistenprozeß

Freiburg, 28. Nov. Im Sonderprozeß Göde führte der Vertreter der Reichsanwaltschaft Dr. Löffler in seinem Plaidoyer u. a. aus, daß der Fall Göde in einem gewissen, allerdings nur losen Zusammenhang mit dem Fall Herbstler u. Gen. stehe. Göde sei hauptsächlich an den September-Unruhen beteiligt gewesen, habe aber schon vorher und näher die Tragweite der kommunistischen Pläne gekannt. Er betonte besonders, daß der Angeklagte sich in Schopfheim benommen habe und zwar während der Lohnverhandlungen, die ihm (Göde) als ortsfremden Dekorationsmaler, der arbeitslos war, und nie in einem der in Frage kommenden Fabrikbetriebe beschäftigt war, gar nichts angingen. Zweifelslos würde Göde auch bei den Oktobergeheimnissen eine aktive Rolle gespielt haben, wenn er nicht vorher verhaftet worden wäre. Bei dem Angeklagten komme Vergehen gegen das Republikverbot in Frage, und zwar handele es sich deshalb um einen besonders schweren Fall, weil der Angeklagte sich wie ein Korbdiener benommen habe. Die damaligen Unruhen seien ihm nur eine willkommene Gelegenheit gewesen, an welchen sein Mitleiden zu fühlen. Der Angeklagte habe auch im Gegensatz zu allen Angeklagten im Falle Herbstler u. Genossen aus ehrlicher Gesinnung gehandelt, weshalb er Abfertigung der bürgerlichen Ehrenrechte beantrage. Strafmildend sei bei dem Angeklagten lediglich seine Jugend. Er beantrage daher 4 Jahre Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe (nicht wie zuerst gemeldet 33 Mark) sowie 5 Jahre Ehrverlust. Als verhängt sollen gelten 4 Jahre Zuchthaus und die Geldstrafe.

Verteidiger Rechtsanwalt Seidel-Frankfurt stützte die Verteidigung des Angeklagten hauptsächlich auf seine leichte Verletzlichkeit, seine wirtschaftliche Not als Erwerbsloser und seine Auffassung, daß er sich bei den kommunistischen Umsturzplänen lediglich um Abwehraktionen gegen einen drohenden Notstand handele, und sein uneheliches Verhalten sei aus einer Drogenpsychose zu erklären. Es müsse beachtet werden, daß der Angeklagte die Tat begangen habe, als er noch minderjährig war. Nach Ansicht der Verteidigung dürfe eine kleine Gefängnisstrafe genügen. — In Erwiderung führte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Löffler aus, daß seine Auffassung von der ehrlichen Gesinnung des Angeklagten und seine diesbezüglichen Ausführungen sich auf ein bereits am 11. Februar ds. in Badshut gegen Göde wegen Mißhandlung gefälltes gerichtliches Urteil stütze. Die Verhandlung gegen Göde wurde schließlich bis morgen vormittag unterbrochen, wo dann der Angeklagte mit allen übrigen Angeklagten der Hauptverhandlung zu seiner Verteidigung das Schlusswort erhalten soll.

Nach einer halbtägigen Pause trat der Gerichtshof in die Verhandlung gegen den 39 Jahre alten Bahnhofsbuchhändler

Friedrich Geisert aus Badshut ein. Gleich zu Beginn erlitt der Angeklagte, der als Soldat drei Jahre in den Kolonien war und an Malaria und Typhus darniederlag, deren Spuren noch jetzt in einer außergewöhnlichen Nervosität zum Ausdruck kommen, einen Herzanfall, so daß er aus dem Saale geführt und die Verhandlung auf einige Minuten unterbrochen werden mußte.

Geisert war ursprünglich Landarbeiter, dann in einer Fabrik tätig und schließlich im Auftrage eines Heidelberger Unternehmens Bahnhofsbuchhändler in Badshut. 1919 trat er von der U.S.P.D. zur K.P.D. über. Er war zeitweise Vorstand der kommunistischen Ortsgruppe Badshut. Um die Ziele des K.P.D. auf Errichtung der Diktatur des Proletariats etc. habe er sich wenig gekümmert. Er habe aber gemeint, zitiert müßten sich die Menschen bessern und dazu seien die Kommunisten in der Lage. Der Angeklagte bestritt, in einer öffentlichen Versammlung in Brennet gesagt zu haben, es müsse alles zum Umsturz vorbereitet werden, es müßten Hunderttausende gebildet werden usw. Ebenso bestritt er andere ähnliche Zeugenaussagen über Aussagen seinerseits als unwahr. Bezüglich einer ihm zur Last gelegten Äußerung in einer öffentlichen Versammlung in Wehr: „Von Mannheim bis Konstanz muß es mit einem Schlag losgehen!“ erklärte der Angeklagte, daß er damals gesagt habe, von Mannheim bis Konstanz seien bereits Ortsgruppen der K.P.D. gegründet worden. Man müsse nun auch hier (in Wehr) eine solche gründen.

Darauf hielt der Vorleser dem Angeklagten einige Fragen vor, die er ausgefüllt und unterschrieben hatte und worin er für einzelne Ortsgruppen proletarische Hunderttausenden von 50, 60 und mehr Mann der Bezirksleitung in Mannheim als Belehender meldet. Der Angeklagte bestritt diese Angaben als eigenes Phantasiegebilde. Es habe in Wirklichkeit keine einzige Hunderttausend bestanden. In demselben Sinne äußerte sich der Angeklagte über von ihm an die Bezirksleitung gerichtete Versammlungsberichte, in denen es u. a. heißt: „Alles ist hier kampfbereit, der Kurierdienst klappt, die Kampfbereitschaft ist groß, heute nacht hole ich acht Maschinengewehre in Hohentengen usw.“ Alle diese Berichte entbehrten nach Angabe des Beschuldigten jedweder Grundlage. Sie seien lediglich Phantasiegebilde. — Der Zeuge Major Joseph Göde, gegen den gestern und heute verhandelt wurde, hatte früher wiederholt ziemlich belastende Aussagen über die Tätigkeit des Angeklagten Geisert gemacht. In der heutigen Verhandlung schwänzte der Zeuge diese Aussagen ab, oder stellte die Richtigkeit derselben ganz in Abrede. Auch sonst bot die Zeugenerklärung das übliche Bild. — Die Zeugen schwächten ihre früher gemachten Aussagen ab. Der Zeuge Gastwirt Albert Baumgartner in Säckingen sagte wie früher aus, daß Geisert in einer Versammlung wiederholt ausrief: „Die Zeit ist gekommen! Verschafft Euch Waffen! Nehmt nicht mehr in Eurer Betriebe zurück!“ Schließlich habe Geisert noch ein Hoch auf die Sowjetregierung ausgedrückt. Der Zeuge Polizeibetriebsdiener Baumgartner in Oberjocheningen sagt aus, daß Geisert, nachdem in Säckingen die 1. Versammlung aufgelöst worden war, in einer Versammlung außerhalb der Stadt sprach und dabei sagte, die Arbeiter sollten sich bereit halten, es stünden in den nächsten Tagen schwere Kämpfe bevor. Allerdings habe er (der Zeuge) den Geisert nicht gekannt. Man habe ihm jedoch gesagt, der Redner sei Geisert. Der Zeuge Elektromonteur Franz Schmidt, Mitglied der K.P.D. in Badshut, sagte aus, der Angeklagte sei phantastisch gewesen. Der Zeuge Schmidt äußerte weiter, daß er vollkommen überrascht gewesen sei, als im Laufe der Voruntersuchung die Berichte Geiserts an die Bezirksleitung in Mannheim vorgelegt wurden. Es sei ihm, trotzdem er Geisert als sehr schreibsüchtig kannte, unverständlich gewesen, wie er zu diesen Berichten kam. Bis er von Geiserts Frau hörte, daß ihr Mann oft stundenlang über irgend etwas schreie, um sich selbst daran zu erfreuen. Der als Sachverständiger vernommene Medizinalrat Dr. Georg Sieglitz betonte über den Schlaflosigkeits- und Neurosenzustand von ihm behandelte worden war, daß er keinen Zweifel darüber habe, daß Geisert zwar ein großer Phantast sei, jedoch nicht unzurechnungsfähig sei. Die Weiterverhandlung wurde schließlich am Samstag vormittag 9 Uhr vertagt, wo zunächst die Plaidoyers stattfinden werden. Um 10 Uhr werden sämtliche Angeklagten erscheinen, um nochmals zu ihrer Verteidigung das Wort zu erhalten.

Freiburg, 29. Nov. In der Fortsetzung der Verhandlung im Fall Geisert legte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Löffler in seinem Plaidoyer dar. Selbst wenn man annehme, daß alle die Berichte des Angeklagten als unwahr zu betrachten seien, so habe sich der Angeklagte dadurch strafbar gemacht, daß er der Mann-

Kammerspiele des Bad. Landestheaters

Uraufführung des Schauspiels „Dr. Guillotin“ von Ludwig Winder

Es gibt einen Wik, der folgendermaßen lautet: Ein ungarischer Baron kommt überraschend aus der Stadt auf sein Gut zurück und findet dort auf dem schönen Familiensofa des Wohnzimmers seine Frau und seinen Gutsinspektor in gärtlichem Beisinn. Entrüstet läuft er zum Rechtsanwalt, um sich dort Rat zu holen. Da er aber weder von einer Scheidung noch von einer Entlassung des sonst sehr brauchbaren Gutsinspektors etwas hören will, kann ihm auch der Rechtsanwalt nicht raten. Nach ein paar Wochen begegnet der Anwalt dem Baron in der Stadt, der ihn mit triumphierendem Säbel begrüßt und ihm auf die Frage, was er denn nun in jener Sache getan habe, antwortet: „Die Rechtsanwälte verstehen von nichts. Wissen Sie, was ich hab' gemacht? Hab' ich den Sofa verkauft!“

Nach diesem Rezept des ungarischen Barons löst Herr Ludwig Winder auch den äußeren dramatischen Konflikt seines Schauspiels. Frau Dr. Guillotin, die Gattin des Erfinders der nach ihm benannten Hinrichtungsmaschine, ist durch einen Nachakt ihres Mannes dem Revolutionstribunal überantwortet und zum Tode verurteilt worden. Wie ist die Dame nun zu retten? Sehr einfach! Der Liebhaber erklärt es uns im dritten Akt. „Hab' ich eben die Guillotine gestohlen!“ Dann kann allerdings die Hinrichtung nicht stattfinden, da so ein Ding erst in einer Woche wieder erbaut werden kann. Und da auch inzwischen der ebenso betrogene, wie rachsüchtige Ehemann seine Denunziation bereut hat, gelingt es, zumal mit Hilfe aller der kinohaftigen Ummantelungsmittel, mit denen der Autor äußerst freigebig operiert, die Gattin glücklich zu befreien und so Raum zu schaffen für allerlei weitere Bühnenszenen, in denen der Edelmüt geradezu hübelweise ausgeschüttet wird.

Man glaube übrigens nicht, daß der ironische Ton meiner Besprechung den Absichten des Verfassers adäquat ist. Er selbst hat zweifellos ganz Gewaltiges gewollt, unerhörte fessliche und ethische Probleme gewälzt und sich bemüht, ein Schauspiel der ganz schweren Art zu schreiben. Und der erste Akt ist auch gar nicht einmal so übel. Dann aber ertrinkt alles in Verwirrenheit, Gewolltheit und Unwahrscheinlichkeit. Die

an den Haaren herbeigezogenen Analektive — man verzeihe mir diese Wendung! — könnten vielleicht ein Anpopulismus der vordersten Reihen beglücken, nun und nimmer aber ein Publikum, das in die Kammerspiele geht. Zu allem Ueberflus ist die Sprache von einer Leerheit und Trivialität, daß einem, namentlich vom zweiten Akt an, kaltes Entsetzen packt. So kommt es, daß der dritte Akt, der nach dem Willen des Verfassers den diden Höhepunkt bringen sollte, mit all den Wockrängen, die sich eine mährtenphantasie gestattet, einfach läppisch wirkt. Man lacht oder schimpft, je nach Temperament, wo man eigentlich nach den Erörterungen des Autors hätte gelächelt sein müssen. Kurz: das dramatische Ei, das da Herr Winder gelegt hat, war nur ein Weibel!

Warum unser Landestheater dieses unglückselige Nachwerk uraufgeführt hat, das mögen die Götter wissen. Da laufen doch heutzutage wahrlich genug junge Dramatiker herum, die als Talente ernst zu nehmen sind und sich mit künstlerischer Inbrunst mit den großen Problemen unserer Zeit auseinandersetzen. Wie dankbar würden sie sein, wenn die Kammerspiele des Bad. Landestheaters Stücke von ihnen uraufführen würden! Und wach ein literarischer Ruhm wäre das für unser Landestheater — wenn man schon nach dem Ruhm von Uraufführungen begierig ist! An solche Nachwerke aber, wie das des Herrn Winder, Geld, Zeit und Geist zu verschwenden, das ist eigentlich ein Unflug. Wenn schon Experimente gemacht werden, dann müssen sie auch so sein, daß sie wenigstens das literarische Interesse zu wecken vermögen. Das war aber hier keineswegs der Fall.

Der unglückliche Regisseur, Herr Friedrich Neug, und die nicht minder unglücklichen Darsteller haben alles getan, was in ihren Kräften stand, um dem Stück auf die Beine zu helfen. Herr Neug hat dabei wieder bewiesen, daß er ein feinsinniger Regisseur ist. Er arbeitet vorwiegend mit Stimmungsmomenten, mit farbigen Beleuchtungseffekten, mit gut geschauten Bildern, bei denen auch der Darsteller Bestandteil des Bildes ist. Dabei läßt er aber dem Darsteller weite Freiheit, so daß letzten Endes Dichtung und Darstellung im Vordergrund des Ganzen stehen. Sehr im Gegensatz zu der in den letzten Jahrzehnten bei uns in Deutschland aufgekommenen Mode, daß der Regisseur mit seinen spezifischen Regie-

funsttücken äußerer und innerer Art das Feld beherrscht. Zu ein oder zwei Kleinigkeiten hätte ich mir die Regie etwas anders gewünscht. Doch ändern diese geringfügigen Ausstellungen nichts an dem Gesamtbild. Und zudem ist das Stück selbst ja zu niedrig, als daß man sich verpflichtet fühlen könnte, kritische Hinweise zu geben. Es wird ja doch sehr rasch in der Verlesung verfließen.

In die Mitwirkenden stellt es stellenweise geradezu unlösliche Aufgaben. Man kann die Darsteller demnach nur bedauern. Herr v. d. Trend staltete seinen Dr. Guillotin mit all den Reizen einer geistig überaus beweglichen Darstellungskunst modernen Genres aus, tat aber manchmal das Guin gubiel. Oder ist es eine gewisse Manieriertheit des Sprechens, die an diesem Eindruck Schuld ist? Fr. Clement konnte mit ihrer Rolle begrifflicherweise nicht viel anfangen. Das lag wohl nicht an ihr, sondern an der Rolle selbst. Ganz famos war Herr Krolek im zweiten Akt; über das Kinotheater des dritten Akts konnte aber auch er uns nicht hinweghelfen. Wir möchten mal den Schauspieler sehen, der das gekonnt hätte! Sehr hübsch wirkte Fr. Center als Mutter des Liebhabers. Herr Herz spielte den König Ludwig XVI. nicht als Ludwig XVI., sondern als Ludwig XIV.

Das Publikum? Ich möchte mich in seiner Stimmung sehr täuschen, wenn mein Gefühl, daß es das Stück ablehnte, unrichtig war.

Curt Amend

Dezember-Ausstellung des Bad. Landesgewerbeamts

Das Landesgewerbeamt veranstaltet in den vorderen Räumen der Landesgewerbekasse ab 6. bis 23. Dezember eine kleinere Schau Badischer Keramik in Verbindung mit Möbelstücken und Schnitzarbeiten der Schwarzwälder Werkstätten Gengenbach. Die Ausstellung soll angefaßt der bevorstehenden Weihnachtszeit auf die neuesten Ereignisse unseres keramischen Gewerbes hinweisen und gleichzeitig das Wirken der Schwarzwälder Werkstätten, die unserer heimischen Schnitzkunst zu weiterer Verbreitung verhelfen will, noch bekannter machen. Einige Zeugnisse und wertvolle Handarbeiten werden bei ihrer dekorativen Verwendung die verdiente Beachtung finden.

Heimer Bezirksleitung folge erlogene Angaben. Jedoch sei keineswegs alles, was Geisler nach Mannheim berichtete, lediglich Phantasie gewesen, wie die Erörterung der kommunikativen Betätigung des Angeklagten im Laufe der Verhandlungen ergeben habe. Auch hätte im Hauptprozess eine Reihe von Zeugen ihre belastenden Aussagen aus der Voruntersuchung plötzlich nicht mehr wahr haben wollen. Der Angeklagte habe jedenfalls gegen das Republikstrafgesetz verstoßen, jedoch liege kein besonders schwerer Fall vor. Er halte eine Strafe von drei Jahren Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe (eventl. 30 Tage Gefängnis) für angemessen. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Seidel-Frankfurt a. M., schilderte eingehend die abnormale geistige Veranlagung des Angeklagten. In den Verträgen an die Bezirksleitung in Mannheim sei kein einziges fälschliches Wort enthalten. Er komme zu dem Antrag auf Freisprechung. Wenn jedoch der Gerichtshof eine Verurteilung für angebracht halte, so müsse auf den hysterisch überreizten Rücksicht genommen werden.

Hierauf wurden die Angeklagten des Hauptprozesses vorgeführt, um zu ihrer Verteidigung nochmals persönlich das Wort zu erhalten. — Bevor die Angeklagten das Schlusswort erhielten, gab Rechtsanwalt Brombach vor dem Staatsgerichtshof eine Erklärung zum Falle Dorn ab, in der er die in seinem Plaidoyer gegen den Fabrikanten Dorn wegen angeblicher schändlicher Behandlung seines Vaters aus den Händen der Menge erhobenen Beschuldigungen als unwahr mit Bedauern zurücknimmt.

Als erster der Angeklagten ergriff der Angeklagte Hermann Herbst zu seiner Verteidigung das Schlusswort. Er habe ausgenommen einen kurzen Augenblick, an jenem 17. September vorigen Jahres nie ein Gewehr in der Hand gehabt. Seine übrigen Bemerkungen wiederholten im wesentlichen, was bereits in der Hauptverhandlung zur Sprache gekommen war. — Der Angeklagte Steiner protestierte gegen den Vorwurf der Mordmissetat. Auch betonte er, daß er nicht der Führer sei, zu dem man ihn in den Verhandlungen gestempelt habe. — Herbst und Steiner beteuerten, ihre Strafe als Kommunisten, als Kämpfer für das unterdrückte Proletariat entgegenzunehmen und stolz zu sein, für das Proletariat leiden zu dürfen. — Der Angeklagte Langendorf äußerte sich in ähnlichem Sinne. — Der Angeklagte Kümmele erklärte sich seiner Schuld bewußt, die ihn ins Zuchthaus führen könne. Die Staatsanwaltschaft habe ihm und seinen Genossen die ehrenhafte Gefinnung nicht abgesprochen. In der bürgerlichen Gesetzgebung, in der wir leben, sei jedoch Zuchthaus mit ehrenhafter Gefinnung nicht vereinbar. Wie jedoch auch das Urteil des Staatsgerichtshofs ausfallen möge, sein Leben gehöre dem Dienste des Proletariats. — Der Angeklagte Heg erklärte: Ich gehe jetzt in die Schule der Revolution und wenn ich einen Gehirnzug habe, so ist es der, diese Schule mit sehr gut zu bestehen. — Die Angeklagten Scheffel, Frits und Kahlbrenner führten nochmals aus, daß sie die eigentlichen politischen Ziele der KPD nicht gekannt hätten. Scheffel und Kahlbrenner gaben sich als Verführte des flüchtigen Grether aus.

Wehrlich äußerte sich der Angeklagte Blasowski. Verschiedene Angeklagte baten um milde Beurteilung, Bewährungsfrist und Strafaufschub im Falle einer Verurteilung. Bekanntlich gibt es jedoch bei Urteilen im Staatsgerichtshof weder Bewährungsfrist noch Strafaufschub. Der Angeklagte Bachmann erklärte, von den Kommunisten als Werkzeug benutzt worden zu sein. — Die meisten Angeklagten verzichteten auf eine persönliche Bemerkung oder baten lediglich unter Hinweis auf ihre traurigen persönlichen Verhältnisse um Milde.

Damit war die Gesamtverhandlung abgeschlossen.

Einer Drahtmeldung aus Freiburg zufolge, soll die Urteilsverkündung am Dienstag, um 2 Uhr mittags, erfolgen.

Erwerbslosenfürsorge

Der Verwaltungsausschuß des badischen Landesamts für Arbeitsvermittlung hat in seiner Sitzung am 27. November den Beitragssatz für die Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom Montag, 1. Dezember für das Land Baden bis auf weiteres auf 1 v. H. (bisher 1,2 v. H.) des Grundlohnes festgesetzt.

Forderungen der Kriegsgeschädigten

Die in der badischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Interessentengruppen der Auslands- und Kolonialdeutschen der Elbstadt, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien veranstalteten Freitagabend im Eintrachtsaal zu Karlsruhe eine stark besuchte Versammlung, die den Zweck verfolgte, den anwesenden Vertretern der politischen Parteien erneut auf die große Notlage der Vertriebenen und Verdrängten hinzuweisen und die Forderung einer Revision der Entschädigungsgesetzgebung aufzustellen.

Karlsruher Konzerte

Die vergangene Konzertwoche verlief auffallend still und ruhig, selbst der einzige Kammermusikabend brachte wohl angenehme Abwechslung, aber keine forderliche Erregung. Das Badische Trio ließ sich wieder einmal hören. Schade, daß man das schöne Beethoven-Trio (op. 97) an den Anfang des Programms gestellt hatte, wo die Spieler erst Mühe hatten, sich gegenseitig einzufühlen. Es geriet nicht alles so glatt und selbstverständlich, daß ein gewissermaßen Referent die Note „gut“ über die Gesamtleistung hätte setzen können. Besser fanden sich die Beteiligten darnach in Dvoraks „Dumky-Klaviertrio“ und in Straußens Klavierquartett (op. 13) zusammen, doch sind das zwei Werke, deren Inhalt heute nicht mehr allzu viel belagt. Man kann sie interessant finden, auch das gut gekonnte und solid gestaltete daran loben, aber das Gefühl wartet oft vergeblich, einmal durch Wesentliches angereizt zu werden und an wirklich Starres erinnert zu werden. Der Vortrag stand auf achtbarer Höhe und berechtigt zu guten Hoffnungen für den ferneren künstlerischen Aufstieg der jungen Vereinigung. Die Mannheimer Pianistin Stephanie Pellissier ist entschieden eine bessere Kammermusikerin als ihre Vorgängerin im letzten Konzert. Sie spielte auch mit anerkennenswerter Gelassenheit, nur schien sie mitunter auf Kosten der Tonhöhen zu viel Kraft zu verschwenden. Hier sollte sie die merkbar starke innere Anteilnahme noch etwas zügeln lernen. Mit sicherem Bogen führte Konzertmeister Ottomar Voigt am ersten Geigenpaar, auch der eindringlich warme und große Cellon Paul Trautvetters kam zu guter Geltung. Im Klavierquartett redete noch Heinrich Müller (Viola) gewissenhaft wie immer mit. Das Konzert fand ziemlich lebhaftes Anerkennen. S. Sch.

Hoffmann Aufsätze 7. Hoffmann Aufsätze, der bekannte Kriegsliederdichter, namentlich durch das Spottlied „Was trauet denn da im Wulst herum“ bekannt, ist in Weeslau im Alter von 80 Jahren gestorben.

Prof. Alois Niehl 1. Der Professor der Philosophie an der Berliner Universität, Geheimrat Alois Niehl, ist in Neubabelsberg bei Potsdam im 81. Lebensjahre gestorben.

Redakteur Gabomski-Berlin (Elsch-Rothringen) schilderte in beweglichen Worten den Leidensweg derer, die draußen in der Welt gestanden und infolge des Krieges und Friedensschlusses bettelarm in die deutsche Heimat zurückkehren mußten. Der Redner legte dar, daß die bisherige Entschädigungsgesetzgebung völlig unzureichend sei. Er legte sich die Frage vor, wie ein Reich mit gesunden wirtschaftlichen Kräften und dem stets betonten Rechtsgefühl dahin kommen könne, für Tausend verlorene Friedensmarke 5 Mark Entschädigung anzubieten. — Bankbeamter Habel-Förzheim (Auslandsdeutscher) forderte von den politischen Parteien, daß sie dafür sorgten, daß eine angemessene Entschädigung gezahlt werde. Man wolle sich in gleicher Weise wie die Aufwertungsgläubiger behandeln lassen. Das Reich sollte dazu übergehen, jedem Geschädigten seinen Feststellungsschein mit dem amtlich ermittelten Schadensbetrag auszuhandigen, womit er eines Tages vielleicht fürs Erste 20 Prozent der festgesetzten Summe bei der Zahlstelle erhalten kann. Dadurch würde das Verfahren wesentlich vereinfacht und gewaltig an Verwaltungskosten gespart. Das Reich hätte schon früher eine ausreichende Entschädigung gewähren können, umfomehr als das unter Bruch des Völkerrechts von den Feinden geraubte Privateigentum der Reichsregierung gutgeschrieben wurde. — Oberpostsekretär Krauschke schloß sich den Vordrängern für die Kolonialdeutschen sowie die Grenzstädter an.

Nach einer kurzen Debatte, in der die Vertreter der Volkspartei, der Deutschnationalen und Demokraten die Versammlungsteilnehmer ihrer Sympathie und Unterstützung versicherten, wurde einstimmig eine im Sinne der Referate gehaltene Entschädigung angenommen, in der die deutsche Regierung und der Reichstag aufgefordert werden, schnellstens das himmelstreichende Unrecht abzuhelfen und für eine gerechte Wiedergutmachung der Geschädigten einzutreten.

Wie aus Berlin gemeldet wird, wurden am Freitag die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für Kriegs- und Verdrängungsschäden vom Reichsfinanzminister empfangen. Im Verlaufe der Erörterungen stand der Gedanke im Vordergrund, wie ohne Rücksicht auf eine spätere endgültige Regelung durch Entschädigung in nicht mehr ertragbarer Not befindlichen Geschädigten möglichst bald wirksame Hilfe geleistet werden könnte. Der Reichsfinanzminister erlante an, daß die Entschädigungsfrage eine gleiche Bedeutung habe, wie die übrigen zurzeit im Vordergrund stehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme; insbesondere zeigte er hinsichtlich der augenblicklich dringenden vorläufigen sozialen Maßnahmen volles Verständnis und sagte sein Entgegenkommen durch Bereitstellung entsprechender Mittel zu. Bezüglich der allgemeinen Aufbesserung der Entschädigung wies der Minister auf den Zusammenhang mit der Frage der Verteilung der Jahresleistungen für die Reparationen hin. Eine solche allgemeine Aufbesserung der Entschädigung hänge, abgesehen von der Lösung der Annullationsfrage, von den finanziellen Möglichkeiten des Reiches und von der Stellungnahme des Reichskabinetts ab.

Eisenbahn-Unfall

Am Freitag, den 28. November lief der in Karlsruhe um 10 Uhr 12 abends abfahrende Personenzug Nr. 759 zwischen Friedriehsdorf und Graben-Neuborf auf den dort wegen Maschinenschadens haltenden Güterzug Nr. 6891 auf. Beim Personenzug wurde der hinter der Lokomotive laufende unbenannte Postwagen, beim Güterzug einige Güterwagen, zertrümmert. Beide Gleise waren gesperrt. Die Reisenden des Zugs 759 wurden nach Graben geleitet und in Sonderfahrt nach Riedburg Mannheim weiter befördert. Der durchgehende Verkehr wurde über Bruchsal umgeleitet. Die Frachtpersonenzüge verkehrten heute, nachdem ein Gleis um 4 Uhr 46 frei gemacht war, mit einigen Verzögerungen. Von den Reisenden wurden zwei leicht verletzt; sie konnten ihre Reise fortsetzen. Vom Zugpersonal ist der Lokomotivheizer des Güterzugs leicht verletzt.

Kommunale Rundschaun

Kommunales aus Heidelberg. Der Stadtrat Heidelbergs beantragt beim Bürgerausschuß die Zustimmung zur Verstärkung der städtischen Wasserversorgung durch die Errichtung einer Pumpstation in der Rheinebene und die Erstellung eines Wasserbehälters im Gewann Eßelsdorf. Die Kosten in Höhe von 260 000 Mark sollen aus Anlehensmitteln bestritten werden. Ferner will man das Landfriedliche Bürgerstift durch einen Anbau erweitern, um auf diese Weise 23 Wohnräume zu gewinnen. Die Kosten würden sich auf 140 000 Mark stellen.

Kreisversammlung Baden-Baden. In der unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Hömann-Mastatt abgehaltenen Kreisversammlung des Kreises Baden wurde u. a. der Voranschlag für 1924/25 genehmigt. Der ungedeckte Aufwand beträgt 144 000 Mark. Die vorgeschlagene Kreissteuer von 2 Pfg. pro 100 Mark Steuerkapital wurde gutgeheißen. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich um den Sitz der landwirtschaftlichen Kreiswinterschule, für die in nächster Zeit ein Neubau erstellt werden soll. Die Abgeordneten des Bezirks Baden, unterstützt von den kolonialen Mitgliedern, wollen die Schule in Mäden erbaut wissen, während die Wähler Vertreter die Interessen ihrer Stadt zu wahren suchten. Die Aussprache endigte mit der Genehmigung der Positionen. Es wurde eine erste Rate von 35 000 Mark bewilligt, vorbehaltlich der Beschlußfassung der Kreisversammlung über den Ort, an dem die Schule errichtet werden soll.

Aus der Kreisratsitzung Offenburg. Um dem Wanderbetriebe zu steuern, sollen nach einer Abprache mit den Gemeindevertretern bis zum 1. April 1925 in den Gemeinden Offenburg, Lahrb., Eichenheim, Kehl, Oppenau, Gengenbach, Hausach, Hornberg und Wolfach Verpflegungstationen für Wanderer auf Kosten der Gemeinden eingerichtet werden. Der Kreis wird von dem genannten Zeitpunkt ab zwei Drittel des Verpflegungsaufwandes bestreiten, während das restliche Drittel von den Gemeinden getragen wird. In den Voranschlag des Kreises werden für 1925 20 000 Mark eingestellt. — Der Wienerzuchtverein Ortenau beabsichtigt, eine planmäßige Schulung der Junfer durch Lehrkurse und praktische Unterweisung, die in dem Lehr- und Versuchsgarten des Kreises stattfinden sollen, abzuhalten. Der Kreisrat unterstützt dieses Unternehmen durch Aufstellung von Lehrbienenständen. — Die Gebäudeversicherungsanstalt hat dem Kreis zu dem durch das Anweiser an den Gebäuden der Kreispflegenanstalt Fühbach angedienten Schaden in Höhe von 23 500 Mark einen Beitrag von 7000 Mark bewilligt. Es soll versucht werden, einen höheren Beitrag herauszubekommen.

Elektrizitätswerk Mittelbaden. Gelegentlich der kürzlich abgehaltenen Aufsichtsratsitzung fand in Offenburg eine Besichtigung des neuen Schalthauses durch den Aufsichtsrat der Elektrizitätswerke Mittelbaden A.-G. statt. Das Schalthaus dient dazu, die vom Kraftwerke Lahrb. kommenden Transportleitungen mit 10 000 Voltspannung aufzunehmen, um von

dort aus die für das Offenburgener Versorgungsgebiet benötigte Energie zu verteilen, die Verbindung mit dem Offenburgener Werk, das zur Reserve in Bereitschaft gehalten wird, herzustellen und die Schaltvorgänge störungsfrei und gefahrlos für das Bedienungspersonal vorzunehmen. In der Sitzung wurde durch den Vorstand ein eingehender Bericht über den Stand der Erweiterungsarbeiten und Verbesserungen im Lahrb. und übrigen Versorgungsgebiet erstattet. Die Strompreise sollen vom 1. Dezember d. J. ab für Licht auf 42 und für Kraft auf 22 Pf. herabgesetzt werden.

Kreisrat Freiburg i. B. Auf Vorstellung des Kreisrates wurde durch den Minister des Innern bestimmt, daß auch die bisherigen Kreisabgeordneten des früheren Amtsbezirks St. Blasien, Fortmeister Ost in St. Blasien und Bürgermeister Behringer in Häusern zur Kreisversammlung Freiburg überreten. Die vom gemischten beschließenden Ausschuss der Kreisversammlung beschlossene Kreiswahl, wonach der Kreisrat Freiburg aus dem Kreisvorsitzenden, dem Stellvertreter und 10 weiteren Mitgliedern besteht, ist von der Staatsaufsichtsbehörde für unbeanstandet erklärt worden. Dieser Sachung entsprechend wird der nächsten Kreisversammlung die Zuwahl von weiteren 3 Kreisratsmitgliedern vorgeschlagen werden. Auf Grund der Verord. des bad. Staatsministeriums vom 31. Okt. 1924 haben die Kreise Mannheim, Karlsruhe und Freiburg je einen Vertreter in den erweiterten Verwaltungsrat der bad. Gebäudeversicherungsanstalt zu entsenden. Es wurden Angestellter Frits Ebner in Freiburg als Vertreter und Güterinsp. a. D. Hermann Fröhlich in Freiburg als Stellvertreter bestellt. Die landw. Kreiswinterschule Freiburg ist in den beiden Kursen von 82 Schülern, wovon 60 in Schulinternat wohnen und die Kreiswinterschule Kitzingen von 90 Schülerinnen besucht. Im landwirtschaftlichen Wochenblatt wird die Errichtung einer landwirtschaftlichen Schwarzwaldbauerschule angeregt. Der Kreisrat tritt dem Grundgedanken dieser Anregung bei, ist aber der Auffassung, daß lediglich die Kreiswinterschule Freiburg durch Angliederung besonderer Schwarzwaldburse weiter ausgebaut werden soll. Im Laufe der Monate November bis März sollen in verschiedenen Kreisgemeinden wieder blühige Obstbaukurse abgehalten werden. Der Jugendoffensivklub Freiburg werden als Betriebsausschuß für die Jungviehwirtschaft Schelingen, welche im verfloffenen Sommer mit 40 Weibezellen befaßt war, 500 Mark (20 Mark Zuschuß pro Weibezelle) und zur Verbesserung des Weidelandes 200 Mark bewilligt. Die Errichtung einer weiteren Jungviehwirtschaft auf dem Schwarzwald (im Amtsbezirk Neustadt) wird angestrebt. Das Wasser- und Straßenbauamt Emmendingen wird mit der Bearbeitung eines Entwurfes über den Bau einer Straße von Emmendingen auf den Alpen (oberhalb Landeck) beauftragt. — Der Pfleglingsstand in der Kreispflegenanstalt Freiburg beträgt 451 (260 Männer und 191 Frauen) gegenüber 423 Pfleglingen im Vormonat.

Aus der Landeshauptstadt

Festgenommener Betrüger. Am 15. Oktober 1924 wurde in Geseff in einem Hotel ersten Ranges ein Mann, der dort mit einer erwachsenen Tochter unter dem Namen Dr. Rosen-Carle, Schriftsteller, Redakteur des „Sannoberischen Couriers“, Wohnung genommen hatte, wegen Verdachts des Betrugs festgenommen. Unter dem falschen Vorgeben, Vollstrecker eines Testaments der Familie von Stodhorn zu sein und hierdurch demnach größere Kapitalien zur Auszahlung zu erhalten, die zu möglichem Zinsfuß vergeben werden würden, schädigte er zahlreiche Darlehensnehmer um eine Tasse von 50 bis 100 M. für Begutachtung der angebotenen Sicherheiten. Es handelt sich um den Kaufmann Christian Giesler, geboren 13. 8. 1860 in Leipzig, der seine Schwindeleien in gleicher und ähnlicher Weise in Sachsen, Süddeutschland und den Städten am Rhein betrieben hat. Sachdienliche Mitteilungen werden an das Landespolizeiamt — Abteilung Erkennungsdienst — Karlsruhe erbeten.

„Karlsruher“ Ertlinger kommt am morgigen Sonntag auf seiner großen Vortragsreise zum erstenmal nach Karlsruhe und wird abends halb 8 Uhr im kleinen Festhallsaal Berlin seiner humoristischen Schöpfungen zum Vortrag bringen. Wie uns die Konzertdirektion Kurt Neufeldt, die den Vorverkauf hat, mitteilt, ist die Kartennachfrage äußerst lebhaft.

Landestheater. In der am Sonntag, den 30. November, im Konzerthaus stattfindenden ersten Wiederaufführung des neu-einstudierten Lustspiels „Jugendfreunde“, eines der lebenskräftigsten Bühnenwerke Ludwig Fuldas, sind die vier Titelrollen durch die Herren Weug, Kloebe, Kreuzinger und Müller vertreten. Deren Gegenpielerinnen werden von den Damen Clement, Kunze, Raffé und Scheinplung dargestellt. Den vorbildlich diskreten und taktvollen Diener Stephan spielt Herr Gemedede. Die Spielleitung hat Friedrich Weug. — Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. Am Montag, den 1. Dezember, wird Schillers „Maria Stuart“ zur zweiten diesjährigen Aufführung kommen. — Goethes neu-einstudierter „Faust“ (erster Teil) geht am Mittwoch, den 3. Dezember, zum viertenmal in der Besetzung der zweiten Aufführung in Szene. — Die satirische Komödie „Reisportage“ von Georg Kaiser gelangt am Freitag, den 5. Dezember, zur dritten Aufführung. Mit dem Spiel „Sechs Personen suchen einen Autor“, das sein Verfasser, der moderne italienische Dramatiker Luigi Pirandello „Ein Stück — das gemacht werden soll“ nennt, geht am Samstag, den 6. Dezember, einschließlich der beiden bisher erfolgten Uraufführungen, die erste Uraufführung seit dem 1. September d. J. in Szene; hierzu treten fünf Neueinstudierungen darunter vier klassische Dramen.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Ettlingen, 29. Nov. Eine Versammlung betr. Verbesserung der hiesigen Verkehrsverhältnisse war außerordentlich stark besucht. Oberstadtratsrat und Vorstand des Müppurrer Bürgervereins, Kiehn, gab eine Darlegung über die Mangelhaftigkeit der jetzigen Verkehrsverbindung durch die „Wleag“, die nur behoben werden könne durch den Ausbau der elektrischen Straßenbahn Karlsruhe-Müppurr. — In einer sehr lebhaften Aussprache wurden die derzeitigen Verkehrsverhältnisse als durchaus ungenügend und dringend verbesserungsbedürftig bezeichnet. In der darauf angenommenen Entschädigung wird gegen die Ungewissheit, Unpünktlichkeit und unzeitgemäße Tarifpolitik der „Wleag“ protestiert und erwartet, daß endlich Abhilfe geschaffen wird. — Der Ausbau der städtischen Straßenbahn Karlsruhe-Ettlingen wurde befürwortet und ein gewählter Verkehrs-ausschuß beauftragt zu einer Eingabe an den Kreisrat über die Gewährung eines mäßig verzinslichen Darlehens zur Verbesserung der Betriebsmittel der „Wleag“ zum Zwecke der Verkehrsverbesserung Ettlingen-Karlsruhe.

DZ. Überlingen, 27. Nov. Die Münstererweihung findet am 5. Dez. durch den Erzbischof Karl von Freiburg statt. Mit den Feierlichkeiten ist auch eine feierliche Prozession verbunden, in der auch historische Gruppen zu sehen sein werden.

Börsen und Märkte

Wachstumsnach dem Stande vom 27. Nov. 1924
Börse: An der Börse ist ein Tendenzumschwung eingetreten. Während in den letzten Wochen der Aktienmarkt ganz still lag und das Börsengeschäft sich auf dem Rentenmarkt abspielte, ist jetzt geradezu eine Flucht aus dem Aktienmarkt festzustellen. Die Spekulation, die eine entsprechende Aufwertung der Aktien in absehbarer Zeit selbst nicht mehr für sicher hielt, suchte sich durch Aktienkäufe zu entlasten. Die Veröffentlichungen über die Goldumstellungen trugen weiter dazu bei, daß die zuversichtliche Stimmung am Aktienmarkt an Boden gewann. Allerdings besteht noch die Unsicherheit, wie die Goldumstellungen sich in der Praxis in bezug auf spätere Dividendenverteilung auswirken. Doch halten die günstigen Geschäftsberichte die Hoffnungen auf spätere Gewinne aufrecht. Namentlich in Industrieaktien ist das Geschäft lebhaft. Drohend für den Aktienmarkt ist das neue Industriebelastungsgesetz, dessen Auswirkungen bis jetzt aber schwer abschätzbar sind. Die Kurse für Anleihen sind sehr schwankend.
Geldmarkt: Der Geldmarkt ist leicht gespannt. Das Geld ist im Zusammenhang mit dem durch Börsenbelegung hervorgerufenen Mehrbedarf knapper geworden. Die Zinsfüße für tägliches Geld betragen 0,50 pro Mille, für Monatsgeld 1,2 Prozent. Langfristige Kredite sind sehr gesucht, aber spärlich zu erhalten, während Tagesgeld sehr reichlich angeboten ist. Die Ermäßigung der Provisionsfüße und der Börsenumsatzsteuer entspricht noch nicht den Wünschen der Wirtschaftskreise. Die Reichsbank hat nunmehr den größeren Teil des Devisenerlöses aus der Auslandsanleihe übernommen. Man rechnet, daß die Geldmarktlage bei Zuließen von Überschüssen des Reichs bald wieder flüssiger werde.
Produktenmarkt: Unter der Einwirkung der aus Nordamerika gemeldeten höheren Preisnotierungen für Getreide ist der Produktenmarkt stark befestigt. Die Preise zogen aber nicht in dem erwarteten Maße an. Die Kauflust am Produktenmarkt ist noch nicht überwunden. Auch die Verkäufer bewahren bei der Herausgabe von Angeboten Zurückhaltung. Gerste ist besonders für Brauzwecke gesucht. In Süddeutschland blieben Heu und Stroh mit 8 bzw. 6 Mark pro Doppelzentner

unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 224 (plus 8), Roggen 211 (plus 4), Sommergerste 246 (-1), Futtergerste 220 (unv.) und Hafer 175 (plus 1) Mark pro Tonne und Mehl 22,5 (plus 0,50) Mark pro Doppelzentner.
Warenmarkt: Die Großhandelsindexziffer ist von 129,7 um 1,3 Prozent auf 128,4 gefallen. An eine wirkliche Senkung der Preise ist nur zu denken, wenn die uns infolge der Anleihe zuwandernden Kapitalien statt zur Ansammlung von Waren wirklich zur Vergrößerung unserer Produktion, also zur Vermehrung des Angebots verwendet werden. Die Lebensmittelpreise sind etwas gefallen. Auf dem Textilmarkt sind bei unveränderten Preisen stabilere Verhältnisse eingetreten, nachdem die amerikanischen Baumwollenergebnisse feststehen. Die Aufwärtsbewegung der Preise für Häute und Leder setzte sich bis zu 10 Prozent fort. Auf dem Eisenmarkt ist das Geschäft ruhig. Man rechnet aber mit einer baldigen Belebung, da man große Aufträge der Reichseisenbahn für den Aufbau der Bahnen im geräumten Ruhrgebiet erwartet.
Golzmärkte: Die Lage am Golzmärkte ist unsicher. Die Rohholzpreise haben eine ungeheure Höhe erreicht. Beim Verkauf ihrer Schnittwaren werden die Sägewerke dann den Schaden davontragen. Auch für Brennholz, das in genügenden Mengen angeboten ist, werden unangemessen hohe Preise bezahlt.
Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschäftigten vom 25. November d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 90 sh, bezw. für ein Gramm Feingold 34,7228 pence.
Rabische Anilin- und Sodafabrik. Am Aufsichtsrat der Rab. Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen wurde am 28. Nov. die Goldmarkteröffnungsbilanz auf den 1. Jan. 25 vorgelegt. Es wurde beschlossen, der auf den 19. Dez. d. J. einberufenen Generalversammlung vorzuschlagen, das Stammkapital von 580 Millionen Papiermark im Verhältnis von 5:1 auf 176 Millionen Goldmark und das Vorzugskapital von 60 Millionen Papiermark auf 1,2 Millionen Goldmark umzustellen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung Tremhof mit der Gemeinde Bogtal.
 Mit Entscheidung vom 8. Oktober 1924 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung Tremhof mit der Gemeinde Bogtal (Amtsbezirk Wertheim) mit Wirkung vom 1. Januar 1925 angeordnet.
 Die Anordnung ist rechtskräftig.
 Karlsruhe, den 26. November 1924
 Der Minister des Innern
 R e m m e l e

Bekanntmachung
Die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung Unterbiegelhof mit der Gemeinde Babsdorf.
 Der zwischen der abgeordneten Gemarkung Unterbiegelhof und der Gemeinde Babsdorf, Amtsbezirk Sinsheim abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung mit der Gemeinde Babsdorf mit Wirkung vom 1. Januar 1925 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.
 Karlsruhe, den 24. November 1924
 Der Minister des Innern
 R e m m e l e

Prüfungen im Fußbeschlagnahme
 Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Fußbeschlagnahme finden am
 Dienstag, den 16. Dezember 1924, vorm. 10 Uhr
 in der Fußbeschlagnahme zu Freiburg und am
 Donnerstag, den 18. Dezember 1924, vorm. 9 Uhr
 in der Fußbeschlagnahme zu Mannheim statt.
 Wegen des näheren wird auf die Bekanntmachung im „Staatsanzeiger“ vom 27. November 1924 Nr. 278 verwiesen.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Badisches Landestheater.

Sonntag, 30. Nov. 11¹/₂ Uhr. M. 1.50 bzw. 0.70.
 In der Wandelhalle des I. Rang des L.-Th.
Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes.
 Vortrag von Dr. Bauer:
Das Karlsruher Schauspiel im 18. Jahrh.
 Sonntag, 30. Nov. 5—10 Uhr. M. 7.—
 Th.-Gem. 601—800, 6001—6100.
Tristan und Isolde.

Konzerthaus Karlsruhe.

Sonntag, 30. Nov. 7—9 Uhr. M. 3.80.
 Neu einstudiert: **Jugendfreunde.**
 Lustspiel von Fulda.

Eintrachtsaal

Mittwoch, den 3. Dezember, 7¹/₂ Uhr
4. Kammermusik-Abend

Klingler-Quartett

Schönberg D-moll, Beethoven Cis-moll
 Karten zu M. 5.—, 4.—, 3.— und 2.— bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Badnerland

Ein Heimatbuch von **Hans Walbert Berger.**
 Mit Federzeichnungen von Wilhelm Müller und einer Kunstbeilage nach einem Gemälde von Hans Thoma. D.749
 417 S. gr. 8 in Leinen geb. in Künstlerband M. 5.50.
 „Badnerland“ ist ein echtes deutsches Familienbuch. Es enthält das Beste was heimische Dichter und Schriftsteller in gebundener und ungebundener Dichtung von der Heimat zu erzählen haben.
 Verlag von Friedrich Brandstetter in Leipzig

Wahl für die Apothekerkammer in Baden.

Gemäß § 8 Absatz 3 und § 9 Absatz 1—4 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906 gehen den wahlberechtigten Apothekern in Baden Stimmgelbe nebst Anweisung mit näherem Hinweis auf die Wahlordnung zu. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Stimmgelbe bis zum 23. Dezember an uns zurückgeleitet werden müssen. Später eingehende Stimmgelbe sind nach § 10 des Gesetzes ungültig. D.734
Der Vorsitzende des Vorstandes der Apothekerkammer:
 Dr. Lafemeyer.

Badische Landeselektrizitätsversorgung

Uttigengesellschaft (Badenwert).
 Aufgrund des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vom 15. Februar 1922 geben wir hiermit bekannt, daß anstelle des ausgeschiedenen Herrn Karl Oberle, Kaufmann in Karlsruhe, Herr Ferdinand Dieß, Kaufmann in Karlsruhe, in den Aufsichtsrat entsandt wurde. D.798

Badische Landeselektrizitätsversorgung

Uttigengesellschaft (Badenwert).
 Der Vorstand.
 Dr. Wengler. D. Helme.

L. Schumacher
 Juwelen, Gold- u. Silberwaren
 nebst Verkaufsstelle der Württemb.
 Metallwarenfabrik Geislingen-St.
 Neuheiten in preiswerten u.
 praktischen Weihnachts-Geschenken
 Karlsruhe D.764
 Kaiserstrasse 114, 2 Treppe hoch
 Telefon 2136 (Notladen)

Kapital.
 Zur Anlage von Geldern in prima Hypotheken oder Effekten empfiehlt sich
Joseph Tiebmann
 Bankgeschäft
 Kriegsstraße 116 Telefon 75, 938 und 971

Schreibtsche
 von Mk. 75.— an liefert D.795
M. Lauber, Mannheim, F 3, 7

Das Auswanderungswesen betr.
 Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß die dem Herrn Paul Otto Nadler am 6. Sept. 1922 gemäß § 11 des Reichsgesetzes vom 1. Jan. 1897 über das Auswanderungswesen erteilte Erlaubnis, bei der Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern als Agent des Norddeutschen Lloyd in Bremen durch Vorbereitung und Abschluß von Beförderungsverträgen gewerbsmäßig mitzuwirken, erloschen ist.
 Etwasige Ansprüche aus der Geschäftsführung des genannten Auswanderungsagenten an die von ihm gestellte Kaution sind binnen 6 Monaten beim Bezirksamt anzumelden und zu begründen. Nach einem Jahr wird die Rückgabe der Kaution an Herrn Paul Otto Nadler gemäß § 31 der Verordnung des Bundesrats vom 14. März 1893 betreffend Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswanderungsunternehmer und Agenten erfolgen. D.392
 Karlsruhe, den 27. November 1924. D.3. 148
 Badisches Bezirksamt. — Postdirektion B.

Detektiv Institut
 - u. Privat-
Argus „Mannheim“
 O. G. 6.
 Planken 24.47
 Fernspr. 3305
 A. Maier & Co., G. m. b. H.

Rippoldsau Eröffnung Haus Sommerberg für
 Winterkuren 20. Dezember. Leitender
 Arzt Dr. Doll. Auskunft durch
 die Direktion. D.791

Weihnachts Fest-Musik
 nur durch einen
ODEON
 Musikapparat mit
 Odeon-Musikplatten. D.794
Das schönste Weihnachtsgeschenk — Vorführung jederzeit ohne Kaufzwang
ODEON-MUSIK-HAUS
 Telefon 339 KARLSRUHE Kaiserstr. 175

Bürgerl. Rechtspflege
a. Ertreitig. Gerichtsbarkeit.
 D.391. Ertreitig. über das Vermögen der Firma Josef Grieblhaber in Ertreitig. wurde heute am 27. November 1924, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
 Herr Rechtsanwalt Dr. Maier in Ertreitig wurde zum Konkursverwalter ernannt.
 Konkursforderungen sind bis zum 16. Dezember 1924 bei dem Gerichte anzumelden.
 Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Konkursverwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 des Konkursordnungsbezeichn. Gegenstände, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, 23. Dezember 1924, vormittags 9 Uhr.
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schululdig sind, wird aufgefordert, nicht an den Gemeinsschuldner zu verabschieden oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt,
 von dem Bestre der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden, dem Konkursverwalter bis zum 16. Dezember 1924, nachmittags 6 Uhr, beim Gerichtamt eingereicht zu werden. Nähere Auskunft durch das Gerichtamt, D.390.
Öffentliche Versteigerung
 alter, für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeigneter Geräte, darunter Abfallholz, Schälbänke, Schänke, Fackelstiele, Stehpulte usw. gegen Barzahlung am Mittwoch, 3. Dez. 1924, vorm. 8¹/₂ Uhr beginnend im Gerätehaupthof Karlsruhe, alter Personenbahnhof (Eingang Rippoldstr.) Karlsruhe, 27. Nov. 1924. Reichsbahn-Direktion. Materialamt. D.363.
Blammenbau und Verlegung von Gleisen und Weichen (insgesamt 2400 m) für den neuen Ostgüterbahnhof Sengen (Sogen. Sengen) nach Maßgabe unserer Verbindungs-Verordnungen unterlagen nebst Angebots- und Verordnungs-Entscheidungen von 1.50 Mk. erhältlich. Angebote verschlossen postfrei und mit kennzeichnender Aufschrift spätestens bis zur Eröffnung am 16. Dez. d. J., vorm. 10 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 2 Wochen. D.389.2.3. Sonntag, 26. Nov. 1924. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Bahndirektion.